

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 27 (2000)
Heft: 4

Artikel: Weiterbildung : wer zahlt das lebenslange Lernen?
Autor: Klaffke, Oliver
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer zahlt das lebenslange Lernen?

VON OLIVER KLAFFKE

Es sei im Zeitalter der New Economy unabdingbar, sich ständig weiterzubilden, sagen die Bildungsexperten. Jetzt soll die Verantwortung für die Erwachsenenbildung neu geregelt werden.

WEITERBILDUNG GEHT INS GELD. Wer sich in späten Lebensjahren noch beruflich weiterqualifizieren möchte, muss tief in die Tasche greifen. Für den Kurs, der einem den MBA-Abschluss sichert, muss man schon mehrere 10 000 Franken hinblättern. Ein Nachdiplomstudium an der Universität ist zwar günstiger, reisst aber in den meisten Fällen mit ein paar Tausend Franken auch ein Loch ins Budget. Und wer die Sekundarschule nachholen will, zahlt ebenfalls bis zu 6600 Franken.

Auch die Staatskasse wird durch die Erwachsenenbildung belastet. Doch sind nach Ansicht von Bildungsexperten die Aufwendungen zu gering: Jedes Jahr geben Bund und Kantone etwa 300 Millionen Franken für die Weiterbildung aus. Dieser Betrag entspricht rund 1,5 Prozent der gesamten staatlichen Bildungsausgaben.

Als Ausgaben der Erwachsenenbildung können auch die jährlich 350 Millionen Franken gelten, die seit dem Inkrafttreten des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes bei Weiterbildungskursen für Erwerbslose ausgegeben werden. Bislang zahlten Bund und Kantone gemeinsam. Doch im Rahmen des neuen Finanzausgleichs, der momentan in der Vernehmlassung ist und im Jahr 2004 in Kraft treten könnte, werden die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen neu geregelt.

Im Bereich der Bildung kommt es zu einigen Verschiebungen: Der Bund bleibt für die Grundausbildung verantwortlich, während

Oliver Klaffke ist freier Journalist in Hägendorf (SO) und spezialisiert auf Bildungsfragen.

die Kantone die Verantwortung für die Erwachsenen- und Weiterbildung übertragen bekommen und auch zahlen sollen. Dieser Vorschlag widerspricht den Schlussfolgerungen einer Studie, die im Auftrag des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) und des Bundesamts für Kultur erstellt worden ist. Darin fordern die Autoren, dass der Bund mehr Verantwortung für die Weiterbildung übernehmen soll.

Besonders um einzelne Gruppen wie Frauen, Ausländer oder Ältere soll sich der Staat intensiver kümmern. Denn viele Kurse, die sich gerade bei Frauen grosser Beliebtheit erfreuen, etwa Sprachkurse oder Persönlichkeitstrainings, sind zwar im heu-

bis 45 Millionen Franken nicht angetastet wird, was aber unwahrscheinlich ist.

Bildungsexperten befürchten einen Abbau des Angebots an staatlichen Weiterbildungsmöglichkeiten. Ob das ein echter Verlust ist, bleibt fraglich, denn schon heute werden über 85 Prozent der gesamten Weiterbildungsmöglichkeiten von privaten Firmen oder Instituten angeboten.

Die Weiterbildung hat neben den Finanzen noch ein ganz anderes Problem: Es hapert bei der Nachfrage. Das Interesse, sich mit neuem Wissen zu versorgen, ist in vielen Fällen ziemlich bescheiden. Vor allem Personengruppen, die dringend Weiterbildung bräuchten, nehmen die Angebote selten

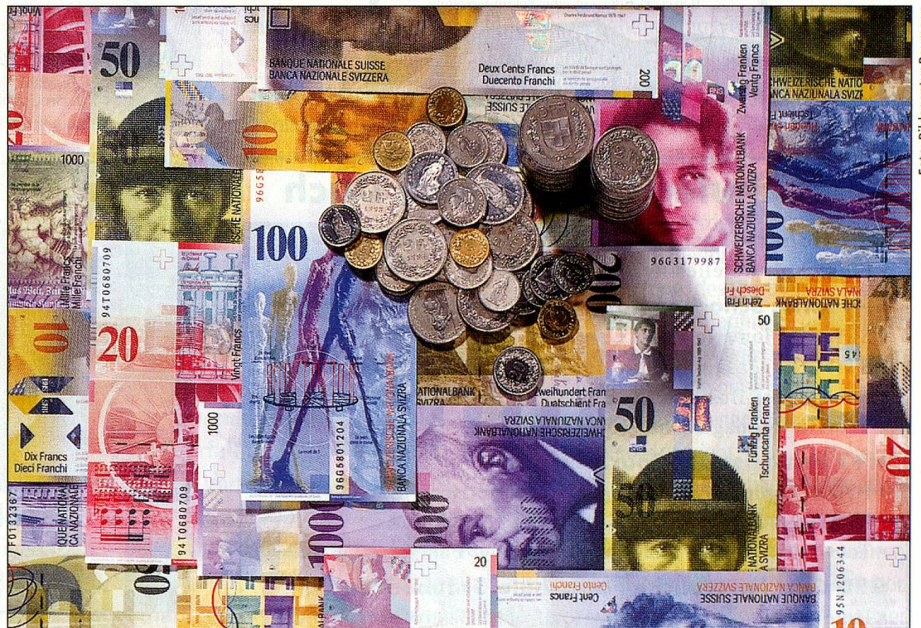


Foto: Bildagentur Baumann

Wer soll für die steigenden Weiterbildungskosten aufkommen?

tigen Erwerbsleben unbestritten von Nutzen, werden aber im Allgemeinen nicht so wertgeschätzt wie die klassischen, eng auf den Beruf bezogenen Ausbildungsgänge.

Der Rotstift naht

Es ist zu befürchten, dass bei knappen Finanzmitteln gerade solche Weiterbildungsangebote als unnötiger Schnickschnack dem Rotstift zum Opfer fallen könnten. Immerhin hofft das BBT, dass sein heutiges Budget für solche Massnahmen in der Höhe von 40

wahr. Es sind vor allem die bereits gut qualifizierten, welche in die Kurse drängen, damit sie noch erfolgreicher werden.

Um einen Anreiz zum lebenslangen Lernen zu schaffen, hat der Christliche Gewerkschaftsbund deshalb vorgeschlagen, einen Bildungsgutschein einzuführen (vgl. Kasten Seite 5). Nach der abgeschlossenen Lehre erhalten alle einen solchen Gutschein, der innerhalb von fünf Jahren eingelöst werden müsste. Die Kosten beliefen sich auf lediglich 120 bis 175 Millionen Franken. 